

## Pressemitteilung

Andreas Müller  
Tulpenweg 3  
63579 Freigericht

mobil 0174/3019484  
e-mail mueller-hanau@t-online.de  
web www.linkefraktion-mkk.de

27. Juni 2010

### **Bundesregierung will bei Unterkunftskosten für Hartz-IV-Empfänger sparen**

### **LINKE Kreistagsfraktion kritisiert Vorschlag als abstoßend**

„Die Vorstellung, bei den Unterkunftskosten für Hartz-IV-Empfänger sparen zu wollen, ist abstoßend. Das ist nach den geplanten Wohngeldkürzungen um 40 Prozent sowie der Halbierung der Finanzmittel für Städtebauförderung und Gebäudesanierung der nächste Sparhammer, der einkommensschwache Haushalte betrifft“, kritisierte der Vorsitzende der LINKEN Kreistagsfraktion Andreas Müller, die am Wochenende bekanntgewordenen Empfehlungen einer Expertengruppe des Arbeitsministeriums.

Aus einer Antwort des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 21. Juli 2010 auf eine kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (BT-Drs. 17/2241) geht hervor, dass künftig die Kommunen selbstständig in Satzungen bestimmen sollen, welche Mietkosten sie Hartz-IV-Empfängern bezahlen.

„Damit stiehlt sich die Bundesregierung aus der Verantwortung“, sagt Müller. Man darf nicht die Fragen der Unterkunftskosten in das Belieben der Kommunen stellen“, so der sozialpolitische Sprecher der Kreistagsfraktion. Die Fragen, welche Leistungsansprüche Hartz-IV-Empfänger haben, welche Wohnungen für sie in Frage kommen, welche Mieten und welche Betriebskosten gezahlt werden, müssen in ganz Deutschland einheitlich beantwortet werden, dürfen nicht von der Lokalpolitik bestimmt werden.“

Hintergrund der Regierungspläne sei, so Müller, dass der Bund trotz steigender Kosten nicht bereit sei, seinen Anteil für die Unterkunftskosten von derzeit 23,6 Prozent zu erhöhen. „Im Gegenteil, mit der geplanten Wohngeldkürzung wird die Zahl der Hartz-IV-Empfänger weiter steigen“, erklärte Müller. Wenn der Wohngeldanspruch entfällt, wird dies in vielen Fällen dazu führen, dass Niedrigverdiener, die bisher mit Kinderzuschlag und Wohngeld ein Leben ohne Hartz IV führen konnten, nun einen Anspruch auf Hartz IV haben. „Dies führt zu einer weiteren Diskriminierung von Niedrigverdienern, die nun ins Hartz IV System gepresst werden.“ Müller fürchtet, dass letztlich der Druck auf die Städte

und Gemeinden so groß wird, dass ihnen nichts anderes übrig bleibt, als die Hartz-IV-Bestimmungen eng auszulegen und Wohnungsansprüche von Betroffenen drastisch zu beschränken.

„Die Kommunen sollen jetzt die verfehlte Politik der Bundesregierung auslöffeln. Das ist eine schlechte und falsche Politik. Leidtragende würden hunderttausende von Hartz-IV-Empfängern sein, denen die Abschiebung in Billig- und Kleinstwohnungen drohen könnte“, erklärte Müller.

Müller, der auch Mitglied im Verwaltungsrat des kommunalen Center für Arbeit (KCA) ist, verspricht sich dort dafür einzusetzen, dass dies im Main-Kinzig-Kreis nicht angewandt wird. Schon heute haben wir genügend Probleme dort wo kein Mietspiegel existiert angemessene Mieten bewilligt zu bekommen, sollten die neuen Überlegungen der Bundesregierung Wirklichkeit werden, würde eine nie dagewesene Verdrängung von Hartz IV Empfängern stattfinden. Dies kann auch nicht im Interesse von Vermietern sein, so Müller abschließend.

***DIE LINKE.***

**Kreistagsfraktion**

gez. Andreas Müller